

POLITISCHE JUSTIZ

„Im übrigen gilt ja hier derjenige, der auf den Schmutz hinweist, für viel gefährlicher als der, der den Schmutz macht.“

Kurt Tucholsky

Kurzer Prozess für NATO-Gegner

Im Vorfeld gab es Meldeauflagen für „bekannte Straftäter“, während des NATO-Gipfels Schlagstockeinsatz und Gasgranaten und im Nachhinein Verurteilungen per Schnellverfahren. In bester Gipfeltradition wurden zum 60. Jahrestag der NATO in Baden-Baden, Kehl und Straßburg Freiheitsrechte beschränkt und das Demonstrationsrecht faktisch außer Kraft gesetzt. Die größte Demo in Straßburg wurde gewaltsam von der Innenstadt ferngehalten, wahllos geschossen. Polizisten Schock- und Reizgasgranaten in die Menge und nahmen insgesamt 300 Personen fest. Mittlerweile sind mehrere Kriegsgegner, darunter auch Deutsche, zu Geld und Haftstrafen verurteilt worden, einige nur wenige Tage nach den Protesten in Schnellverfahren ohne richtige Beweisaufnahme. [kcm]

Gipfelnachspiel

Demonstrant Steffen B. verlor bei einem Wasserwerfereinsatz beim G8-Gipfel in Rostock 2007 sein linkes Augenlicht, die Staatsanwaltschaft weigert sich weiterhin Anklage gegen die verantwortlichen Polizisten zu erheben. Selbst eine Geschädigtenvernehmung fand erst Ende 2008 statt. Nun hat der Verletzte eine zivilrechtliche Amtshaftungsklage beim Landgericht Rostock eingereicht – anders scheint eine juristische Aufarbeitung nicht möglich. [kcm]

Spitzeln oder Abschiebung

Dieses unmoralische Angebot bekam ein von Abschiebung bedrohter Marokkaner im Winter 2007 vom Verfassungsschutz (VS) in Hamburg. Geködert mit dem Versprechen, man würde sich um sein aufenthaltsrechtliches Problem kümmern und vielleicht sogar einen Studienplatz vermitteln begann dieser das Umfeld des linken Zentrums „Rote Flora“ auszuspähen. Deutlich wird hier zum einen das dreiste Ausnutzen von prekärem Aufenthaltsstatus zum Anwerben von Spitzeln für den VS. Zum anderen müssen Informationen über potentiell „geeignete“ (also erpressbare) Spitzel-Kandidaten von Ausländerbehörde an Verfassungsschutz weitergeleitet worden sein, zumal die Anwerbung sogar auf den Fluren der Ausländerbehörde stattfand. Auf eine „kleine Anfrage“ der Links-Fraktion in der Hamburger Bürgerschaft zur Zusammenarbeit von Auslän-

derbehörde und Verfassungsschutz wurde vom Senat nur ausweichend geantwortet – schließlich seien „operative Belange“ des VS und datenschutzrechtliche Bestimmungen betroffen. [kcm]

Boykottaufruf

Der erfolgreichste deutsche Internet-Buchhändler Amazon sieht sich einem neuen Boykottaufruf ausgesetzt. Grund ist weiterhin der Vertrieb von Büchern rechtsextremer Autoren und Verlage wie dem „Deutsche Stimme Verlag“ der NPD. So bietet dieser über Amazons Webportal Titel wie „Soldaten wie andere auch: Der Weg der Waffen-SS“, das „Handbuch für Patrioten und natio-



Foto: Ulrike Busak

nale Aktivisten“ oder das viel-versprechende „Reizwort Rasse: Grundlagen, Erkenntnisse, Folgen“ an. Darüber hinaus besteht mit der NPD-nahen Internetseite „Nationales Tagebuch“ ein „Partnerprogramm“, so dass bei Buch-Bestellungen bei Amazon, die über die rechtsradikale „Tagebuchseite“ per Werbeanzeige vermittelt wurden, eine Provision gezahlt wird. Beworben werden hier Werke zu „Judenfragen: Selbstverständnis und -problematik“ oder revisionistischer Schwachsinn wie „Polens verschwiegene Schuld“. [kcm]

Bespitzelung von Arbeitslosen

Für einige Wochen galt eine interne Dienst-anweisung der Bundesagentur für Arbeit (BA), welche SozialfahnderInnen anwies, „besonders schwerwiegenden Leistungsmissbrauch“ mit verdeckten Observationen der LeistungsbezieherInnen aufzudecken. Auf Druck von Arbeitsloseninitiativen hat Bundesarbeitsminister Olaf Scholz (SPD) diese Bespitzelungsanweisung nun zurückgezogen. Was jedoch weiter stattfindet ist die Befragung von „Dritten“ (NachbarInnen, Familienangehörigen, VermieterIn) oder die Beauftragung privater Detekteien, um Leistungsmissbrauch zu ermitteln. Somit

bleibt ein mehr als fahler Beigeschmack, wenn man bedenkt mit welchen Mitteln die BA „Hartz-IV-BetrügerInnen“ und „Sozial-schmarotzer“ jagt. Wer weiß, vielleicht sind die freundlichen Damen und Herren, die immer im Treppenhaus herumlungern, keine Nachbarn, sondern Sozialfahnder auf der Suche nach „Mallorca-Karin“ und „Florida-Rolf“. [kcm]

Rehabilitierung von „Kriegsverrätern“

Anders als bei Deserteure und Kriegsdienstverweigerer wurden die Urteile gegen sogenannte Kriegsverräter aus der NS-Zeit bis heute nicht aufgehoben. Einen entsprechenden Vorschlag zur Rehabilitierung aus dem Lager der Linken hat die SPD nun aufgegriffen – Teile der CDU stehen dem Vorhaben kritisch gegenüber und bestehen weiter auf Einzelfallprüfungen. So hätten die „Verräter“ oft der Wehrmacht und ihren Kameraden geschadet und sich eben nicht nur dem Kriegseinsatz verweigert – ein interessantes Geschichtsverständnis! Häufig waren die abgeurteilten Taten nur kritische Tagebucheinträge, Hilfeleistungen für Juden oder Kontaktaufnahme zu Kriegsgefangenen, also nicht im Entferntesten aktive Sabotageakte oder die Übermittlung von Informationen an den „Feind“. Dennoch: Selbst wenn besagte „Verräter“ der Kriegsführung Nazi-Deutschlands und ihren „Kameraden“ geschadet hätten, umso besser! Denn ohne die Unterstützung der ach so sauberen Wehrmacht wären Holocaust, Konzentrationslager und Terror durch SS und SA nicht möglich gewesen. [kcm]

Rechte Rechtsbrecher

Laut Verfassungsschutzbericht ist die Zahl rechter Straftaten in Deutschland um 16% auf fast 20.000 im Jahr 2008 gestiegen. Dabei spielten insbesondere die selbsternannten „Autonomen Nationalisten“ eine Rolle, die mit Attacken auf Polizisten und Journalisten am Rande von Nazidemos Schlagzeilen machten. Die Vorsitzende der Amadeu Antonio Stiftung, Anetta Kahane, kritisierte das Innenministerium, da es von lediglich zwei Todesopfern rechter Gewalt im vergangenen Jahr ausgeht, während die Stiftung insgesamt fünf Tote zählte. Anstatt rechte Tendenzen effektiv zu bekämpfen, wäre die Statistik geschönt worden. [kcm]